Weniger skandalträchtige Überschriften, mehr differenzierte Blickwinkel sind nötig
Kommentar von Dr. Andreas Goetze, Landespfarrer für den interreligiösen Dialog, zur Initiative „Ohne Unterschiede!" – Bündnis von Nicht-Muslimen fordert einen fairen Umgang mit muslimischen Menschen

Ich begrüße die Initiative zu einem fairen Umgang mit Muslimen in Politik, Verwaltung und insbesondere in den Medien. Nicht nur Muslime machen die Erfahrung, dass sie als eine bestimmte Religionsgruppe wegen ihrer Denk- und Glaubensweise als Projektionsfläche für alles Schlechte herhalten müssen, sondern immer wieder Juden und auch Christen. Solch ein Umgang polarisiert schnell und schürt Aggressionen. Ich halte dies für eine Gefahr für den zivilgesellschaftliche Frieden. Die Erfahrung vieler Menschen, die sich einer Religion zugehörig fühlen, ist zunehmend, dass sie in der öffentlichen Debatte oftmals als rückständig beschrieben werden. In Unkenntnis vom Verhältnis von Staat und Glaubensgemeinschaften wird der pauschale Vorwurf erhoben, die Kirchen hätten eine Sonderstellung. Manch einer hat das Gefühl, er müsse sich schon dafür entschuldigen, ein Christ zu sein.

Kritische Berichterstattung ist notwendig und legitim. Und jede Religions - und Weltanschauungsgemeinschaft ist aufgefordert, selbstkritisch gegenüber Aspekten innerhalb der eigenen vielfältigen Traditionen zu sein. Denn es gibt die Instrumentalisierung von Religion und Weltanschauung für eigene und politische Zwecke sowie fundamentalistische Verengungen. Es gibt Formen von Religion und Weltanschauungen, die sich über andere erheben, sich im Besitz der absoluten Wahrheit wähnen und so letztlich dialogunfähig sind. Das gibt es innerhalb der Christenheit, wo einer dem anderen seinen Glauben abspricht. Das erlebe ich zwischen Vertretern unterschiedlicher Religionen und auch von Religionsdistanzierten oder Atheisten mir gegenüber, die Glaubende nur abwertend betrachten können. Daher ist es auch wichtig und richtig, Fehlformen in eigener und fremder Religion und Weltanschauung aufzudecken und zu benennen. Es gehört deshalb zum gesellschaftlichen Zusammenleben, dass sich die Religionsgemeinschaften einer gesellschaftlichen Debatte und Anfragen stellen.

Ein Blick auf die Medienberichterstattung über muslimische Gemeinden in Deutschland und auch in Berlin zeigt allerdings, wie schnell aus kritischen Anfragen abschließende Urteile oder gar (Vor-) Verurteilungen werden können. Das erschwert die Vertrauensbildung und damit das zivilgesellschaftliche Zusammenleben in vielfacher Hinsicht: Zum einen bei den Menschen, die selbst ohne Kenntnis über Vielfalt und Pluralität islamischen Lebens und der unterschiedlichen muslimischen Gemeinden sind und sich nur auf Basis der Medien ihre Meinung bilden. Zum anderen auch bei den Moscheegemeinden oder Einzelpersonen, die aufgrund der pauschalen Berichterstattung oder sogar aufgrund von Falschmeldungen und Verdächtigungen betroffen sind und die das Gefühl haben, sich immer wieder rechtfertigen zu müssen. Wie reagiert man als Mensch, wenn man stigmatisiert wird, konfrontiert mit Behauptungen, ohne selbst befragt worden zu sein?

Nicht erst seit den Erfolgen rechtspopulistischer Bewegungen ist die gesellschaftliche Debatte um oder über Muslime geprägt von Ausgrenzung und Abgrenzung. Muslime berichten von zunehmenden Diskriminierungserfahrungen, gerade Frauen mit Kopftuch. Nach der aktuellen „Mitte-Studie" der Friedrich-Ebert-Stiftung 2016 haben insgesamt 17,5% der Bevölkerung islamfeindliche Vorurteile. Im Ergebnis klagen viele Muslime, sich in Deutschland als „Bürger zweiter Klasse" zu fühlen (so eine Studie des Zentrums für Türkeistudien 2012). Vielfach erleben Muslime, dass sie unter Generalverdacht gestellt werden, weil sie Muslime sind, und es wird behauptet, „der Islam" gehöre nicht nach Deutschland. Erst mal müssten sich „die Muslime" ändern – und dabei ist man natürlich schon überzeugt, dass sie es gar nicht können, weil ja „der Islam" integrationsfeindlich und mit Demokratie nicht vereinbar sei. Verschleiert werden damit eigene integrationspolitische Fehler im Umgang mit dem Thema Zuwanderung und Religionsfreiheit – diese Entwicklung beobachte ich mit Besorgnis.

Und nicht nur Muslime sind von diesem Meinungsklima betroffen, sondern Religion und religiöse Menschen grundsätzlich. Bereits in der sogenannten Beschneidungsdebatte im Jahr 2012, bei der es um die Rechtmäßigkeit religiös vorgeschriebener Rituale ging, wurden Juden allgemein als „Kinderschänder“ diffamiert – ein seit der Antike beliebtes Bild zur Ausgrenzung, das auch Aufklärungs-Philosophen wie Voltaire widerholten. Die damalige Debatte war von großer Heftigkeit geprägt, verbunden mit vielfach irrationalen und offen antisemitischen Zügen. Charlotte Knobloch, ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, fragte damals: „Ich frage mich ernsthaft, ob dieses Land uns noch haben will“. Nicht erst 2012, sondern immer wieder stellt sich die Frage, wie die deutsche Gesellschaft den jüdischen Menschen, die hier leben, begegnet. Ob sie die jüdischen Traditionen, Bräuche, Errungenschaften als Bereicherung sieht. Oder ob viele Menschen ihren Antisemitismus, ihren dumpfen Hass auf andere, nur mühsam unterdrücken. Die Art, über „die“ Muslime“ und über „den Islam“ zu reden und zu schreiben, erinnert auffällig an antisemitische Stereotype aus dem 19. Jht. Wilhelm Marr schrieb damals über „die Unterwanderung Deutschlands durch die Juden“. Er und andere Antisemiten gaben Studien in Auftrag, den Talmud auf bedenkliche Stellen zu untersuchen: „ Das jüdische Gedankengut ist mit der deutschen Kultur nicht vereinbar.“ Und: „ Der Talmud passt nicht nach Deutschland“.

In solch einem Meinungsklima muss es Aufgabe eines verantwortungsbewussten politischen Handelns sein, die Stimmung nicht weiter aufzuheizen, sondern noch achtsamer durch differenzierte, sachlich und sorgfältig überprüfte Berichterstattung dagegenzuhalten, statt weiter zu skandalisieren. Nichts scheint aber aktuell so irritierend zu sein wie ein praktizierender Muslim, der Koran und Sunna für seinen Glauben ernst nimmt, fünfmal am Tag beten möchte und sich zugleich ganz bewusst und deutlich als ein deutscher Staatsbürger auf dem Boden des Grundgesetzes versteht. Konservative Positionen werden dann schnell mal zu fundamentalistischen erklärt.

Es muss über viele Themen gesprochen werden – aber von uns allen zusammen! Nicht „Wir wissen es – den anderen müssen wir es beibringen“. Zu Überheblichkeit gibt es keinen Anlass bei circa 25-30 Prozent latent vorhandener antisemitischer Grundhaltung in unserer Gesellschaft. Wir tragen zusammen die Verantwortung für ein gelingendes Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Gemeinsam müssen wir sprechen – etwa über Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Zuwanderung, Abschiebung, Integration, Radikalisierung, Terror, zunehmende Armut, bezahlbaren Wohnraum etc. Dies aber ohne Polemik, ohne pauschale Zuschreibungen oder populistische Agitation. Stattdessen mit Ernsthaftigkeit, Unaufgeregtheit und Sachlichkeit . Wir müssen die Meinung des Anderen aushalten können, ohne sie sofort zu verunglimpfen oder persönlich zu werden. Wenn der Dialog endet, können wir alle einpacken. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass miteinander reden besser ist als übereinander reden – schon gar nicht nur negativ. Was will man denn damit erreichen? Ich habe mich daher für Vertrauen und Dialog entschieden. Wer will denn, dass sich z. B. die aufgeschlossenen Moscheen als Gesprächspartner zurückziehen? Dass sich die Verantwortlichen nicht mehr dabei engagieren, bestehende Vorurteile in ihrer Community gegenüber der Mehrheitsgesellschaft abzubauen?

Wir haben, was Religion angeht, ein Bildungsproblem. Wir brauchen einen offenen Diskurs mit den verschiedenen religiösen und weltanschaulichen Welten – auch mit den islamischen. Naiv ist, wer nicht differenziert und wer fortgesetzten Kontakt als Kritiklosigkeit interpretiert. Und wir müssen alle zusammen als Juden, Christen, Muslime, Konfessionslose oder Atheisten lernen, mit der Vielfalt umzugehen.